Bundesblatt

94. Jahrgang.

Bern, den 23. Dezember 1942.

Band I.

Erscheint in der Regel alle 14 Tage. Preis 20 Franken im Jahr, 10 Franken im Halbjahr, zuzüglich Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.

Eintrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an Stämpfli & Cie. in Bern.

4342**Botschaft**

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung der Abänderung des Art. 85 der Verfassung des Kantons Glarus.

(Vom 11. Dezember 1942.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

An der glarnerischen Landsgemeinde des Jahres 1942 ist eine Abänderung des Art. 85 der Kantonsverfassung betreffend die Organisation der Kirchgemeinden beschlossen worden. Mit Schreiben vom 1. Dezember 1942 sucht der Regierungsrat des Kantons Glarus für diese Verfassungsänderung die eidgenössische Gewährleistung im Sinne des Art. 6 der Bundesverfassung nach.

Die bisherigen und die neuen Bestimmungen lauten wie folgt:

Bisheriger Text:

Die Kirchgemeinden bleiben in ihrem bisherigen Bestande; sie umfassen alle innerhalb des betreffenden Kirchgemeinde-Gebietes wohnenden Gemeindeglieder und die seit drei Monaten daselbst niedergelassenen Kantons- und Schweizerbürger der betreffenden Konfession, soweit dieselben gemäss Art. 22 zur Ausübung des Stimmrechts befugt erscheinen.

Sie beschliessen innerhalb der gesetzlichen Schranken über die kirchlichen Angelegenheiten der Gemeinde, haben die Oberaufsicht über

Neuer Text:

Absatz 1. Der Kanton umfasst folgende evangelische Kirchgemeinden:

1. Bilten
2. Mühlehorn
3. Obstalden-Filzbach
4. Niederurnen
5. Mollis
6. Netstal
7. Glarus-Riedern
8. Ennenda
9. Mitlödi
10. Schwanden
11. Luchsingen
12. Betschwanden
13. Braunwald

Bisheriger Text.

die Verwaltung des Kirchenvermögens und treffen die ihnen durch das Gesetz zustehenden Wahlen.

Neuer Text.

- 14. Linthal
- 15. Matt-Engi
- 16. Elm

Absatz 2. Die römisch-katholischen Kirchgemeinden bleiben in ihrem bisherigen Bestande.

Absatz 3. Die Kirchgemeinden umfassen alle innerhalb des betreffenden Kirchgemeindegebietes wohnenden Gemeindebürger und die seit drei Monaten daselbst niedergelassenen Kantons- und Schweizerbürger der betreffenden Konfession, soweit dieselben gemäss Art. 22 zur Ausübung des Stimmrechts befugt erscheinen.

Absatz 4 (bisher Absatz 2). Sie beschliessen innerhalb der gesetzlichen Schranken über die Kirchenangelegenheiten der Gemeinden, haben die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens und treffen die ihnen durch das Gesetz zustehenden Wahlen.

Materiell ist eine Änderung gegenüber dem bisherigen Zustand nur eingetreten durch die Schaffung einer eigenen selbständigen Kirchgemeinde Braunwald. Dieser Ort gehörte bis zur Landsgemeinde 1942 zur evangelischen Kirchgemeinde Betschwanden. Im Jahre 1904 ist auf Braunwald, mit Rücksicht auf das Sanatorium, eine Bergkirche erstellt und ein Kirchenrat gebildet worden. Als Folge der Entwicklung Braunwalds zum Kurort, der Erstellung einer eigenen Friedhofanlage und nicht zuletzt der politischen Trennung der Bürgergemeinden Rüti und Braunwald (vgl. BBl. 1939, I, 109) hat Braunwald den Antrag auf Trennung von der Kirchgemeinde Betschwanden und Bildung einer selbständigen Kirchgemeinde gestellt, und die Landsgemeinde hat den Antrag einstimmig angenommen. In der Kantonsverfassung ist der Änderung dadurch Rechnung getragen worden, dass nun die evangelischen Kirchgemeinden in geographischer Reihenfolge ausdrücklich genannt sind. Die weiteren Änderungen des Art. 85 sind rein formeller Natur.

Die Verfassungsänderung betrifft somit ausschliesslich eine Frage der kantonalen Verwaltungsorganisation und berührt das Bundesrecht nicht.

Wir beantragen Ihnen deshalb, ihr durch Annahme des beiliegenden Beschlussesentwurfs die Gewährleistung des Bundes zu erteilen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 11. Dezember 1942.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Etter.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

über

**die Gewährleistung der Abänderung des Art. 85 der Verfassung
des Kantons Glarus.**

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung von Art. 6 der Bundesverfassung,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 11. Dezember 1942,
in Erwägung, dass die abgeänderten Verfassungsbestimmungen nichts
enthalten, das der Bundesverfassung widerspricht,

beschliesst:

Art. 1.

Der an der Landsgemeinde 1942 beschlossenen Abänderung des Art. 85 der Verfassung des Kantons Glarus wird die Gewährleistung des Bundes erteilt.

Art. 2.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung der Abänderung des Art. 85 der Verfassung des Kantons Glarus. (Vom 11. Dezember 1942.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1942
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	26
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	4342
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.12.1942
Date	
Data	
Seite	965-967
Page	
Pagina	
Ref. No	10 034 810

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.